

# Preussische Gesetzsammlung

1932

Ausgegeben zu Berlin, den 31. Dezember 1932

Nr. 67

Tag	Inhalt:	Seite
27. 12. 32.	Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes über die Errichtung eines Amtsgerichts in Wanne-Eidel	375
30. 12. 32.	III. Verordnung zur Änderung der Verwaltungsgebührenordnung . . . . .	375
23. 12. 32.	Beschluß über die Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze . . . . .	376
Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw. . . . .		377

(Nr. 13818.) **Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes über die Errichtung eines Amtsgerichts in Wanne-Eidel. Vom 27. Dezember 1932.**

Auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Errichtung eines Amtsgerichts in Wanne-Eidel vom 15. Juli 1930 (Gesetzsamml. S. 205) wird verordnet:

Das Gesetz über die Errichtung eines Amtsgerichts in Wanne-Eidel tritt am 1. Februar 1933 in Kraft.

Berlin, den 27. Dezember 1932.

(Siegel.) **Das Preussische Staatsministerium.**

Der Ministerpräsident.

Der Kommissar des Reichs.

Br a c h t.

Der Justizminister.

Der Kommissar des Reichs.

H ö l s c h e r.

(Nr. 13819.) **III. Verordnung zur Änderung der Verwaltungsgebührenordnung. Vom 30. Dezember 1932.**

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 453) wird folgendes verordnet:

## Artikel 1.

Die Verwaltungsgebührenordnung vom 30. Dezember 1926 (Gesetzsamml. S. 327) wird wie folgt geändert:

1. **Hinter Tarifn. 28** wird eingefügt:

28 a. **Flüssigkeiten, brennbare.**

- |   |               |
|---|---------------|
| a) Erlaubnis zur Lagerung durch die Ortspolizeibehörden oder Bergrevierbeamten . . . . .  | 15 bis 60 RM  |
| b) Genehmigung von Ausnahmen von den Vorschriften über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten . . . . .   | 10 bis 60 "   |
| c) Allgemeine Anerkennung   |               |
| 1. bestimmter Bauarten von Lagerungsanlagen, Zapfständern und Straßentankwagen als solche, die den Bedingungen der Pol.V.D. und der Grundsätze für Wegfall der Schutzstreifen genügen . . . . . | 100 bis 150 " |
| 2. von Einzelheiten an Lagerungsanlagen, Zapfständern, Straßentankwagen und von Lampen für Lager von brennbaren Flüssigkeiten . . . . .   | 20 bis 100 "  |
| 3. Ist die Bauart der Lagerungsanlage (und des Zapfständers) bereits allgemein anerkannt, so sind grundsätzlich die Mindestgebühren zu erheben, höhere nur dann, wenn                           |               |

die Prüfung ein besonders Maß von Arbeit und Kosten erfordert.

2. Tarifn. 44.

Hinter der Bestimmung c wird angefügt:

d) Abstempelung der Wildhandelsbücher . . . . . 3 RM.

3. Tarifn. 48 n

erhält folgende Fassung:

Abschriften und Auszüge aus dem Schuldnerverzeichnis (A.B. vom 9. Mai 1914, J.M.Bl. S. 512, in der Fassung der A.B. vom 12. März 1928, J.M.Bl. S. 165, und der A.B. vom 12. Juli 1932, J.M.Bl. S. 192) für jede mitgeteilte Eintragung . . . . . 0,10 RM  
bei Mitteilung von weniger als fünf Eintragungen . . . . . 0,50 "

4. Tarifn. 49.

Hinter der Bestimmung b wird angefügt:

e) Genehmigung zum Güterfernverkehr

1. bei Benutzung nur eines Kraftfahrzeugs . . . . . 50 RM  
für jedes weitere Kraftfahrzeug desselben Unternehmers . . . . . 20 "
2. für Einstellung weiterer Kraftfahrzeuge nach erteilter Genehmigung (§ 19 Satz 2 der Durchführungsbestimmungen vom 9. Oktober 1931) für jedes Kraftfahrzeug . . . . . 20 "
3. bei Unternehmen, die nur gelegentlich Güter auf Entfernungen über 50 km befördern, kann die Gebühr aus Billigkeitsgründen bis auf die Hälfte ermäßigt werden.

5. Tarifn. 61

wird gestrichen.

6. Tarifn. 72 a 1.

In der Gebührenspalte wird die Zahl „500“ in „500 bis 3000“ abgeändert.

7. In der Übersicht zum Gebührentarif wird

„Mineralöle 61“  
gestrichen,

„Flüssigkeiten, brennbare 28 a“  
an gehöriger Stelle eingefügt.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1933 in Kraft.

Berlin, den 30. Dezember 1932.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Der Ministerpräsident.

Der Finanzminister.

Der Kommissar des Reichs.

Der Kommissar des Reichs.

Bracht.

Popitz.

(Nr. 13820.) Beschluß über die Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze. Vom 23. Dezember 1932.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze vom 23. März 1932 (Gesetzsamml. S. 33) werden mit Zustimmung der beteiligten Fachminister die nachfolgenden Vorschriften, soweit sie noch in Geltung sind, als veraltet aufgehoben:

1. Verordnung, wodurch es den adeligen Gutsbesitzern in Westpreußen zur Pflicht gemacht wird, das in ihren Gütern fallende Vieh aller Gattung nicht durch ihre Untertanen und

- Dienstleute, sondern durch Abdecker abdecken zu lassen, vom 8. Juli 1791 (von Begefac, Westpreußisches Provinzialrecht, 1845, Bd. 1, S. 419);
2. Königlicher Befehl, daß künftig nicht auf Todesstrafe des Schwerts, sondern auf die des Beils erkannt werden soll, vom 19. Juni 1811 (Gesetzsamml. S. 199);
  3. Nassauische Verordnung, die neben den Chauffeen anzulegenden Alleen betreffend, vom 30. September 1811 (Sammlung der landesherrlichen Edikte und anderer Verordnungen, welchen vom 1. Juli 1816 an im ganzen Umfange des Herzogtums Nassau Gesetzeskraft beigelegt worden ist, Bd. 1, S. 203);
  4. Nassauische Verordnung, die Bepflanzung der Bizinalwege mit Obstbäumen betreffend, vom 7. Januar 1812 (Sammlung usw., Bd. 1, S. 205);
  5. Polizeiverordnung der herzoglich nassauischen Landesregierung über den Gebrauch der Landstraßen vom 12. Dezember 1854 (Verordnungsblatt des Herzogtums Nassau S. 351);
  6. Verordnung der landgräfllich hessischen Landesregierung, die Einrichtungen zur Gasbeleuchtung im Innern der Gebäude in der Stadt Homburg betreffend, vom 30. Dezember 1859 (Archiv der Landgräfllich Hessischen Gesetze und Verordnungen, 1816 bis 1866. S. 855);
  7. Verordnung, betr. die Ausübung der Schiffahrt und Flößerei auf der Lahn, vom 20. Februar 1863 (Verordnungsblatt des Herzogtums Nassau, S. 75).

Berlin, den 23. Dezember 1932.

Zugleich für den Preussischen Minister des Innern  
Der Preussische Justizminister.  
Der Kommissar des Reichs.  
S ö l s c h e r.

### Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) ist bekanntgemacht:  
der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 1. Dezember 1932  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Kreuzburg für den Ausbau  
der Kreisstraße Klein Margsdorf-Margsdorf  
durch das Amtsblatt der Regierung in Oppeln Nr. 50 S. 327, ausgegeben am 10. Dezember 1932.

Für den **Jahrgang 1932** gibt der Verlag wieder die amtlich genehmigte

## Einbanddecke zur Preussischen Gesetzsammlung

heraus.

**Preis 1,35 RM zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten.**

Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Die Auslieferung wird im Laufe des Monats Januar 1933 erfolgen.

Von den **Jahrgängen 1920—1931** sind noch in die amtliche Einbanddecke **gebundene** Stücke vorrätig.

Bezug nur direkt vom Verlag.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei und Verlags-Actiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Ppf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. S. Preisermäßigung.

1. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 7. Januar 1812 (Sammlung von Gesetzen S. 205)

2. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 30. September 1811 (Sammlung von Gesetzen S. 181)

3. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1810 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

4. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1809 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

5. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1808 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

6. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1807 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

7. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1806 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

8. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1805 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

9. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1804 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

10. Kaiserliche Verordnung die Besetzung der Positionen der Landräthe betreffend vom 1. Juli 1803 (Sammlung von Gesetzen S. 151)

Berlin den 23. Dezember 1832

Ertheilt für den Kreis des Saales

Der Kreisliche Amtmann

Dr. Grunau des Saales

Öffentlich

**Verkaufsanzeige**

Der Herr Amtmann des Saales hat die Ehre anzuzeigen, dass er am 1. Januar 1833 den Verkauf des Kreislichen Archivs zu veranlassen gedenkt. Das Archiv enthält eine große Menge von Urkunden, Akten, Protokollen, etc. und ist für die Historie des Saales von großer Wichtigkeit. Die Bedingungen des Verkaufs sind im Anhang zu sehen.

**Verkaufsanzeige**

Der Herr Amtmann des Saales hat die Ehre anzuzeigen, dass er am 1. Januar 1833 den Verkauf des Kreislichen Archivs zu veranlassen gedenkt.

Das Archiv enthält eine große Menge von Urkunden, Akten, Protokollen, etc. und ist für die Historie des Saales von großer Wichtigkeit.

Die Bedingungen des Verkaufs sind im Anhang zu sehen.

Verkaufsanzeige zum Kreislichen Archiv des Saales. — Druck: Kreisliche Druckerei, Berlin. — Preis: 10 Schillinge. — Verlag: H. von Tschirnberg, Berlin. — Druck: H. von Tschirnberg, Berlin. — Preis: 10 Schillinge. — Verlag: H. von Tschirnberg, Berlin.